

# I. Problemübersicht und Perspektiven

## 1. Globale Krisentendenzen und politische Perspektiven

Die Debatte über gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungsperspektiven, die über offensichtliche und »vor der eigenen Haustür« erfahrbare Probleme hinausgeht, ist ebenso notwendig wie schwierig zu führen. Und dies neben einer Reihe von inhaltlichen (viele Fragen sind nicht geklärt, zu vielen Punkten fehlt die politische Kompetenz) vor allem aus zwei Gründen:

1. Globale Entwicklungen sind nicht Naturereignisse, die über die Menschen hereinbrechen (wie z.B. »weltwirtschaftliche Verwerfungen«), sondern Produkte von nationalem Handeln - die Bundesrepublik ist nicht etwa nur Opfer, sondern in erheblichem Maße auch Täter;
2. Nur zu selten wird unterschieden zwischen der momentanen Situation, den sich abzeichnenden Trends (und den damit verbundenen Gefährdungen), unterschiedlichen Prognosen und politischen Zielvorstellungen.

Unter diesen Voraussetzungen wird klar, daß es bei dem Versuch der Skizzierung globaler Krisentendenzen nur darum gehen kann, von der Bundesrepublik aus mitgesteuerte Entwicklungstrends aufzuzeigen und aus einer erweiterten Perspektive heraus politische Alternativen anzugeben, die alleine zwar keine weltweiten Veränderungen nach sich ziehen, aber immerhin wichtige Teilschritte sein können - globale Strategien können nur wirksam werden, wenn sie national und dezentral umgesetzt werden.

Im folgenden soll in bezug auf drei (sicherlich willkürlich zusammengefaßte) Themenkomplexe versucht werden, Situationsbeschreibungen

und Trends zu skizzieren, um dann zur Andeutung von Zukunftsvisionen zu kommen.

## 1.1 Ökologische Krisentendenzen

Die Diskussion ökologischer Gefährdungen war immer verbunden mit Einschätzungen über den Charakter und die Potentiale des technologischen Wandels; je nach politischer Grundüberzeugung standen »wissenschaftliche« Prognosen der Entwicklung bis zum Jahr 2000 oder 2200 unter eher optimistischen (z.B. Herman Kahn) oder eher pessimistischen (z.B. Global 2000) Vorzeichen.

Vieles spricht dafür, daß der ja auch in der Bundesrepublik verbreitete Technologie-Optimismus (z.B. Lothar Späth, BDI) zumindest unter ökologischen Aspekten eine große Illusion ist. Die Unterstellung, der technologische Wandel und insbesondere die Mikroelektronik würden quasi-automatisch zu einer Beseitigung von Umweltproblemen führen, trifft weder die Situation noch die unübersehbaren Trends (wie z.B. radioaktive Verseuchungen, chemische Vergiftungen, Waldsterben, Gewässertod, Bodenverseuchungen, klimatische Gefährdungen, Luftverschmutzung und Rohstoffprobleme).

Auch wenn der Club of Rome vor mehr als 15 Jahren den Ressourcenmangel als wesentliche Ursache für die »Grenzen des Wachstums« überschätzt haben dürfte (Vorräte größer als vermutet, Verbrauch geringer als angenommen, Ersatzstoffe entwickelbar), so müssen doch einige Grunderkenntnisse des ersten »Weltmodells« immer wieder betont und die strategischen Konsequenzen ins Bewußtsein gerufen werden:

■ Es gibt (auch globale) Zusammenhänge zwischen einzelnen Teilentwicklungen (z.B. zwischen Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerungsentwicklung), die auch bei einzelnen Problemlösungsideen bedacht werden müssen (»Rückkoppelungsschleifen«); so kann es passieren, daß man mit der Beseitigung einer Schwierigkeit (z.B. Nahrungsmittelbedarf) eine Vielzahl neuer Probleme (z.B. Bodenverseuchung, unkontrollierbare Bakterienentwicklung) produziert.

■ Es gibt nicht nur im Bereich der menschlichen Gesundheit, sondern auch im Umweltbereich das Phänomen der zeitlichen Verzögerung des Auftretens von Folgewirkungen. So wie das scheinbar folgenlose Einatmen z.B. von Asbeststaub erst nach 15 - 20 Jahren zum unvermeidbaren Krebstod führt, ticken umweltvernichtende Zeitbomben (von arsenhaltigen Böden über Giftmülldeponien bis zu radioaktiven Zonen), die neben einer schleichenden Vergiftung auch lokale Katastrophen mit globalen Auswirkungen (Tschernobyl) bedeuten können. Außerdem gilt

für Umweltschädigungen auch, daß sie nicht etwa nur linear, sondern exponentiell wachsen (ebenso wie es Zins und Zinzeszins gibt) und damit die u.a. in der Studie »Global 2000« prognostizierten bedrohlichen Tendenzen rasch zunehmen.

■ Die Vermeidung nationaler und globaler Katastrophen ist zwar nicht ausgeschlossen, setzt aber ein entschlossenes politisches Umsteuern voraus. Nach dem Motto »Global Denken - Dezentral Handeln« ist die Strategie-Empfehlung des Wirtschaftens in ökologischen Kreisläufen heute genauso aktuell wie vor 15 Jahren. Weder der Hinweis auf Schadensursachen außerhalb des eigenen Landes noch auf den begrenzten eigenen Nutzen von Maßnahmen kann angesichts des weltweiten Aufeinander-Angewiesen-Seins hingegenommen werden, und das erst recht nicht in der Bundesrepublik als einer der reichsten Nationen.

## 1.2 Ökonomisch-soziale Krisentendenzen

Auch wenn man die gegenwärtige Situation, in der in den armen Ländern zig-Millionen von Menschen jährlich verhungern, in den Industrienationen zig-Milionen von Menschen arbeitslos sind und immer mehr Menschen in sozialem Elend leben, als »Krise« bezeichnen muß, darf man eines nicht übersehen: der materielle Wohlstand hat in den führenden kapitalistischen Industrienationen ein historisch beispielloses Niveau erreicht, das die zu beobachtende (natürlich immer relative) politische Stabilität und das Vorherrschen konservativer Kräfte mitbegründet. Schon in der Vergangenheit hat es sich als analytisch fragwürdig und strategisch fatal erwiesen, immer neue »Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus« auszurufen; allerdings darf eine realistische Bestandsaufnahme auch nicht die großen Gefährdungen übersehen, die sich am Ende der achtziger Jahre abzeichnen:

■ Die Lage der Länder der sogenannten Dritten Welt ist weitgehend perspektivlos. Sie sind mit Hunderten von Milliarden bei den reichen Nationen verschuldet, häufig in Monokulturen getrieben und von multinationalen Konzernen abhängig, haben geringe Chancen zur Erzielung angemessener Preise für ihre Produkte und zur Finanzierung erforderlicher bescheidener Industrialisierungen. Sie müssen erleben, wie sich der Abstand zu den reichen Nationen vergrößert und Hunger und Elend zunehmen. Einige auch aus kritischer Sicht wünschenswerte Tendenzen (z.B. die Einsparung des Rohstoffverbrauchs beim Öl oder auch die ganzheitliche Herstellung von Produkten in den Industrienationen) verschärfen den Nord-Süd-Gegensatz bzw. die Lage der ausgebeuteten sogenannten Dritten Welt weiter.

■ Das Funktionieren der Weltökonomie ist in starkem Maße abhängig davon, daß finanzielle Transaktionen in »geregelten Bahnen« verlaufen; das erfordert sowohl ein Funktionieren von internationalen Geldmärkten als auch eine gewisse Stabilität von Währungsverhältnissen. Auf dieser nur schwer durchschaubaren Ebene liegen heute Risiken kaum vorstellbaren Ausmaßes, weil kurzfristige Veränderungen (Verschiebungen von Hunderten von Milliarden, Dollarverfall) Zusammenbrüche z.B. im Bankenbereich zur Folge haben können, die Kettenreaktionen auslösen und die gesamte Ökonomie bedrohen können. Die große Aufmerksamkeit, die heute schon Schwierigkeiten kleinerer nationaler Banken finden, deutet die Sensibilität eines kaum kontrollierbaren internationalen Finanzsystems an, das z.B. bei der Bewältigung nicht eintreibbarer milliardenschwerer Schulden aus der sogenannten Dritten Welt in große Probleme geraten kann. Einen ersten Vorgeschmack lieferte der wenige Tage dauernde Börsencrash 1987.

■ Strukturelle Veränderungen und konjunkturelle Schwankungen machen optimistische Wachstumsprognosen und daran gebundene Aussagen zur Beschäftigungsentwicklung eher unwahrscheinlich. Die immer offensichtlichere ökonomische Schwäche der USA, zunehmende protektionistische Tendenzen und Krisenentwicklungen in einzelnen Nationen bedeuten gerade angesichts des hohen Sockels von Arbeitslosen eine erhebliche Bedrohung; eine dramatische Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit und des sozialen Elends kann zumindest nicht ausgeschlossen werden. Hinzu kommen zumindest in der Bundesrepublik die sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zuspitzenden Probleme der sozialen Sicherung: einer tendenziell abnehmenden Zahl von Beschäftigten stehen immer mehr ältere Menschen gegenüber, deren berechtigten Ansprüche z.B. auf ausreichende Renten immer schwerer zu realisieren sein werden.

■ Die Hinnahme des Verhungerns von Millionen von Menschen pro Jahr ist angesichts der vorhandenen Möglichkeiten ein besonderer Skandal; diese Tatsache ist Ausdruck der Strukturen einer von den kapitalistischen Industrienationen und den multinationalen Konzernen beherrschten Weltökonomie, deren Prinzipien der grundlegenden Veränderung bedürfen. Es führt kein Weg an dem Versuch vorbei, in den Metropolen die Einsicht in die Notwendigkeit einer solidarischen Politik der Umverteilung zu verstärken.

### 1.3 Politisch-militärische Krisentendenzen

Die Verbindung von neuen technologischen Möglichkeiten, militärischen Strategien und Herrschaftsinteressen hat eine historisch einmalige Situation produziert: die Menschheit ist heute in der Lage, sich absichtlich oder auch versehentlich selbst gleich mehrfach zu vernichten. Kriegsgefahren oder atomare Bedrohung sind in einer Welt unübersehbar, die Milliarden pro Jahr für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt und Hunderte von Millionen Menschen mit der Produktion und Verwaltung der Kriegsmaschinerien beschäftigt. Die Vergeudung menschlicher Fähigkeiten, von wertvollen Rohstoffen und riesigen Geldsummen geht einher mit dem Aufbau von technologischen Systemen, deren Kontrollierbarkeit nur noch begrenzt gegeben ist: Meldungen über Fehler z.B. im US-Frühwarnsystem und Unfälle mit Atomwaffen sind ebenso bekannt wie Berichte über Fehlalarme und Manipulationen von militärischen Großrechnern zur Täuschung von politischen Entscheidungsträgern.

Für beide militärisch dominierenden Führungsnationen des östlichen wie des westlichen Bündnisblocks besteht ein objektiver Bedarf wenn schon nicht an Abrüstung, dann doch zumindest an der Begrenzung der militärischen Kosten. Zurecht ist festgestellt worden, daß die ökonomische Bedeutung der UdSSR eher der eines Schwellenlandes entspricht und die politisch-militärischen Vorherrschaftsansprüche der USA keine reale ökonomische Basis haben; beide Nationen wehren sich allerdings dagegen, den Verlust ihrer ökonomischen Hegemonie auch politisch-militärisch nachzuvollziehen. Alle Abrüstungsvorschläge der USA können nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit dem Festhalten am SDI-Projekt (d.h. der Vorbereitung der Militarisierung des Weltraums und des »Kriegs der Sterne«) und an der Rolle des Weltpolizisten (Präsenz am Golf, Aktionen gegen Libyen und Nicaragua etc.) sowie der Forderung nach einer stärkeren konventionellen Aufrüstung in Westeuropa ein grundlegender Abbau militärischer Bedrohungen nicht absehbar ist. Auch die UdSSR wird beweisen müssen, daß sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus bereit ist, auf die Unterdrückung nationaler Demokratisierung durch die »brüderliche Hilfe« der Roten Armee zu verzichten.

Die vorhandenen und sich teilweise verschärfenden wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Spaltungen in der Welt und innerhalb einzelner Nationen werden auch in Zukunft ernsthafte politische und militärische Krisentendenzen auslösen. Die Sicherung eigener Herrschaftssphären, die Unterdrückung von Völkern oder von Minderheiten und der meist wirtschaftlich motivierte Kampf um die Vorherrschaft sind

Bedrohungselemente, die durch veränderte gesellschaftliche Verhältnisse beseitigt werden müssen: Demokratisierung und Abbau von Herrschaft, Umverteilung, friedlicher Interessenausgleich und internationale Solidarität werden Schlüsselbegriffe einer neuen Politik werden müssen, die allein zu einer Reduzierung der Gefährdungspotentiale führen kann.

#### 1.4 Politische Konsequenzen und Zukunftsvisionen

Das Bewußtsein von akuten Bedrohungen und möglichen Gefährdungen muß dazu führen, Grundlinien einer Politik zu skizzieren, die (ebenso wie die Analyse) einer erheblichen Vertiefung und Konkretisierung bedürfen. Klar sein muß aber, daß es nicht um die bloße Addition von Teillösungen, sondern um die Entwicklung eines konsistenten Konzepts zu gehen hat. Vor uns liegt die Aufgabe der Entwicklung einer Politik für das Jahr 2000 auf Basis der Ende der achtziger Jahre vorliegenden Erkenntnisse.

Eine solche neue Politik, die sich aus der Einsicht in internationale Problemzusammenhänge ableitet und nationale Beiträge zur Abwendung weltweiter Krisentendenzen bzw. zur humanen Gestaltung der Gesellschaft leisten will, muß u.a. folgende Elemente enthalten:

■ eine konsequente Politik der Vermeidung von Umweltbelastungen und eine Orientierung auf das Ziel des Wirtschaftens in ökologischen Kreisläufen, wobei der Einsatz nicht regenerierbarer Rohstoffe minimiert werden muß. Die gesicherte ökologische Verträglichkeit muß auch die Zentralkategorie zur Beurteilung neuer Technologien sein, die häufig Lösungen versprechen und dann entweder nur Teillösungen bieten oder gar - auf einer anderen Ebene - zur Verschärfung von Problemen beitragen (z.B. Atomtechnologie).

■ eine Politik des internationalen Ausgleichs und der Verständigung insbesondere mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt, zu deren Gunsten Umverteilungsmaßnahmen, Abnahmegarantien und Hilfen bei einer angepaßten Industrialisierung zu leisten sind. Insbesondere die immer wieder geforderte neue Weltwirtschaftsordnung und die Umlenkung von Rüstungsausgaben in wirkungsvolle Hilfen für die Ärmsten müssen Realität werden.

■ eine Politik der Krisenvermeidung und der Krisenbekämpfung, die national ansetzt und dabei sowohl eine Stärkung des Binnenmarktes als auch den Abbau der Massenarbeitslosigkeit erreichen muß. Die Anregung ökologisch verträglicher Produktionen, die Ausweitung des

Umweltschutzes und die drastische Verkürzung der Arbeitszeiten sind Elemente einer Politik für die Zukunft.

■ eine Politik der konsequenten, auch einseitig vorzunehmenden Abrüstung, die zu einer Verringerung der atomaren wie der konventionellen Waffen, zu einer Verringerung der Truppenstärke und zu einer Umrüstung im Sinne einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit führt. Damit verbunden werden muß die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Herstellung sozial sinnvoller Güter und die Umverteilung von Mitteln zugunsten der sogenannten Dritten Welt (der z.B. angepaßte Produkte und Technologien geschenkt werden könnten, ohne daß Arbeitsplätze verloren gingen).

■ eine internationale Politik der Förderung des Abbaus von Herrschaftsstrukturen und Unterdrückung, die z.B. demokratische Befreiungsbewegungen statt Diktaturen wie die Regierung von Südafrika unterstützt, internationale Institutionen zur ökonomischen Knebelung ärmerer Länder (z.B. IWF, Währungsfonds) verändert oder verläßt und sich nicht an militärischen Operationen gegen andere Länder (z.B. Unterstützung der USA am Golf oder gegen Libyen) beteiligt.

Die reale Situation am Ende der achtziger Jahre sowie die bestehenden gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten erlauben durchaus Visionen einer humanen, sozialen und ökologisch überlebensfähigen Welt ohne Hunger und Unterdrückung. Solche Visionen haben als konkrete Utopien eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung von Konzepten und Handlungsschritten. Die (über kurz oder lang) durchaus gegebene Wahrscheinlichkeit der Selbstvernichtung der Menschheit ist nur die eine Seite der Medaille; die andere Seite ist die historische Chance zur Entwicklung einer nahezu paradiesischen Zukunft, die allerdings nur auf der Basis einschneidender politischer Veränderungen zu erreichen sein wird, wobei von vielen Menschen Selbstbeschränkungen und veränderte Wertmaßstäbe (eine verstärkte Orientierung auf das Sein anstatt auf das Haben) gefordert werden müssen. Trotz momentan zumindest in der Bundesrepublik eher gegenläufiger Tendenzen ist die Chance zur Entwicklung und Durchsetzung einer weitreichenden Reformpolitik (mit erheblichen internationalen Konsequenzen) heute größer als jemals zuvor in der Geschichte.

*Edgar Einemann*